Berichtsvorlage
SUN/057/2023

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Werkausschuss Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN)	21.12.2023	öffentlich	Bericht

Betreff:

Erfüllung der wiederkehrenden Überprüfungspflicht der Grundstücksentwässerungsanlagen in Nürnberg

Anlagen:
Bericht

Bericht:
In Nürnberg sind 78.000 Datensätze mit Grundstücksentwässerungsanlagen gelistet.

Gemäß Entwässerungssatzung sind diese alle 25 Jahre einer Untersuchung zu unterziehen, in Verbindung mit der Wasserschutzgebietsverordnung Erlenstegen alle 10 Jahre.

In der „ersten“ Runde wurde eine Untersuchungsquote von 98 % Anwesen, 100 % Anlagen im Wasserschutzgebiet Erlenstegen und 100 % Anlagen in Industriebetrieben durch die Bürger erbracht.
Allerdings waren 40 % der Anlagen mit Mängeln behaftet und müssen saniert werden.
Die Quote hierfür liegt bei 99 %.

Das Ziel der Einführung der wiederkehrenden Untersuchungspflicht, einen flächendeckenden Überblick über den Zustand zu gewinnen und eine Sanierung anzustoßen, kann als befriedigend erreicht bezeichnet werden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Bericht der der Abtl. Grundstücksentwässerung - ohne Auswirkungen auf unterschiedliche Personengruppen. Durch die Maßnahme sind keine Diversity-Aspekte betroffen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐